

Ein Vertrag, der keinen Frieden brachte

Der fatale Schlussakt des Ersten Weltkriegs in Versailles / Von Peter Sturm

Aus dem sicheren Abstand von 100 Jahren ist eigentlich allen klar, dass das nicht funktionieren konnte, was am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet worden ist. Aber selbst ohne das Wissen der Nachgeborenen hätte Zeitgenossen bemerken können, dass 1919 von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs nicht ein langfristig wirksames Friedenswerk geschaffen hatten, sondern ein fragiles Vertragskonstrukt mit sehr begrenzter Haltbarkeitsdauer.

Die sogenannten Pariser Vorortverträge, mit denen der Erste Weltkrieg juristisch beendet wurde, waren voller Wider-

1919

WEGMARKEN DER GESCHICHTE

sprüche. Einerseits wurden, in der Tradition des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, hehre Ideale beschworen. Andererseits verhielten sich die Siegermächte gegenüber den Besiegten in einer Weise, wie sie zur Zeit der sogenannten Kabinettskriege im 18. Jahrhundert üblich gewesen war. Damals wurde von den Herrschern nach Gutdünken über Länder und Völker verfügt. Das freilich wurde im 20. Jahrhundert nicht mehr akzeptiert.

Die Friedenskonferenz von 1919 schuf einerseits die Institution des Völkerbundes. Dieser sollte idealerweise eine Katastrophe wie die zwischen 1914 und 1918 gerade überstandene künftig verhindern. Andererseits aber wurde zum Beispiel Deutschland, das als Staat erhalten blieb, anfangs von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.

Diese Diskriminierung hätten die deutschen Politiker, die im November 1918 das Kaiserreich beerbt hatten, wahrscheinlich noch ohne die ganz große Empörung hingenommen. Aber sie sollten einen Vertrag unterschreiben, der nicht nur beträchtliche territoriale Verluste festschrieb, sondern Deutschland durch die Begrenzung seiner militärischen Stärke auf 100 000 Mann auch praktisch wehrlos machte. Als Gegenleistung bekamen sie zwar den ersehnten Frieden und die Aufhebung der alliierten Blockade. Als besonders empörend empfanden es Deutsche aller politischen Lager, dass laut Vertrag

Deutschland der allein Schuldige an dem verheerenden Weltkrieg gewesen sei. Das stimmte objektiv nicht. Außerdem war ein solches Urteil ohne Prozess für eine Nation, die sich im Herbst 1918 für die meisten überraschend mit der militärischen Niederlage konfrontiert sah, emotional in keiner Weise akzeptabel.

Andererseits waren die realen Machtverhältnisse aus deutscher Perspektive ziemlich brutal. Die kaiserlichen Streitkräfte hatten sich aufgelöst. Innenpolitisch herrschte nervöse Instabilität mit gelegentlichen Gewaltausbrüchen. Und obwohl auch die Sieger furchtbar geschwächt aus dem „Großen Krieg“ hervorgegangen waren, konnte Deutschland nicht einmal daran denken, die Kämpfe wieder aufzunehmen und „heroisch“ unterzugehen – von einem nachträglichen Sieg gar nicht zu reden.

Diese Lage hielt freilich die für das Desaster Verantwortlichen nicht davon ab, gegen die sogenannten „Erfüllungspolitiker“ zu hetzen. Die Oberste Heeresleitung des Kaiserreichs, der spätere Reichspräsident Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff (der bald darauf an zwei Putschversuchen gegen die Weimarer Republik teilnahm), hatten 1918 zwar eingesehen, dass militärisch alles verloren war und deshalb auf einen sofortigen Waffen-

Straßfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

SEITE 8 · FREITAG, 28. JUNI 2019 · NR. 147

Aus Versailles.

Die deutschen Unterhändler. Von links nach rechts: Leinert, Melchior, Giesberts, Brockdorf-Rantzau, Landsberg, Schücking.



N.V.E.
2066

Verantwortungsbewusst: Zeitgenössische Aufnahme der deutschen Delegation Foto epd

stillstand gedrängt. Aber wenige Monate später wollten sie davon nichts mehr wissen und fabulierten über den „Dolchstoß“, den zivile Politiker – was in den Augen vieler Militärs so etwas war wie der Antichrist – dem angeblich unbesiegten deutschen Heer in den Rücken versetzt hätten.

So war also das politische Klima, in dem die deutsche Regierung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages entscheiden musste, gründlich vergiftet. Sie entschied sich – der Not gehorchend – schließlich für die Unterzeichnung. Ministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) mochte für diese Entscheidung allerdings nicht geradestehen. Er trat am 20. Juni aus Protest gegen die Friedensbedingungen zurück. Scheidemanns Nachfolger und Parteifreund Gustav Bauer plädierte „aus Pflichtgefühl“ und „um zu retten, was zu retten ist“, für die Unterzeichnung. Am 22. Juni stimmte die Nationalversammlung für die Annahme des Vertrages. Für den Fall der Weigerung hatten die Alliierten die Wiederaufnahme des militärischen Vormarschs und letztlich die Besetzung ganz Deutschlands durch ihre Streitkräfte angedroht. Jedem in Deutschland musste also klar sein, dass eine Nichtunterzeichnung unweigerlich in die Katastrophe geführt hätte.

Trotzdem wurde den Regierenden ihre verantwortungsvolle Haltung nicht gedankt. Interessierten Kreisen auf der politischen Rechten galt sie als Regierung der „Novemberverbrecher“. Damit wurden jene Kräfte bezeichnet, die nach der Revolution im November 1918 im Angesicht des Zusammenbruchs politische Verantwortung übernommen hatten.

So fuhr denn Ende Juni 1919 eine deutsche Delegation nach Paris. Die Unterzeichnungszereemonie wurde von den französischen Gastgebern als große Demütigung des besiegten Feindes inszeniert. Entsprechend wurde das Vertragswerk auf deutscher Seite auch aufgefasst. Wenn in den nächsten Jahren von dem Abkommen die Rede war, dann so gut wie immer mit dem Zusatz „Diktat“. In der Tat konnte von Friedensverhandlungen nicht die Rede sein. Allein die Alliierten hatten untereinander verhandelt. Den Kriegsgegnern wurde anschließend ein fertiges Werk präsentiert. Aus ihrem Kreis gelang es allein der Türkei, innerhalb weniger Jahre ihren Friedensvertrag durch einen neuen zu ersetzen. Die größten territorialen Verluste aller besiegten Länder musste Ungarn hinnehmen. Die „Schmach von Trianon“ wirkt bis heute nach. In Deutschland trat „Versailles“ und alles, was damit zusammenhing, spätestens seit der noch größeren Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in den Hintergrund. Gegenstand politischer Auseinandersetzungen war das Abkommen nach 1945 nicht mehr. Allenfalls innerhalb der Historikerkunft wurde noch über den Anteil Deutschlands am Unheil gestritten.

Eines allerdings blieb auch dem neuen Deutschland erhalten. Wichtiger Bestandteil des Vertrages von 1919 waren umfangreiche Reparationszahlungen Deutschlands an die Alliierten gewesen. Diese wurden zwar mehrfach angepasst. Aber erst mit den letzten Zahlungen 2010 wurde der Vertrag endgültig Geschichte, der den Ersten Weltkrieg beendete.

Friedensverträge verdienen dann ihren Namen, wenn alle Beteiligten deren Bestimmungen und Ziele akzeptieren. „Versailles“ und die anderen Verträge mit einstigen Verbündeten Deutschlands erfüllten diese Bedingung von vornherein nicht. Und deshalb muss man nicht mit dem Wissen des Historikers ausgestattet sein, um dem, was vor 100 Jahren unterzeichnet wurde, eine schlechte Zensur auszustellen.